



StadtverbandsInfo

// September 2021 //

Endlich wieder mehr Mitspracherechte!

Neues Schulverwaltungsgesetz in Kraft

Am 1. August 2021 ist eine Änderung des Schulverwaltungsgesetzes in Kraft getreten. Intention der Bildungsbehörde war die Stärkung der Beteiligungsrechte von Schüler:innen und Eltern in den Schulen. Dass dies nur Sinn ergibt, wenn auch die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten wieder ausgebaut werden, haben GEW und Personalrat frühzeitig deutlich gemacht und bereits im Oktober 2019 einen umfangreichen Vorschlag unterbreitet.

Als dann aber im Februar dieses Jahres eine erste Fassung des Gesetzes vorgelegt wurde, sah es zunächst so aus, als gingen wir leer aus. Nachdem wir Frau Dr. Bogedan aber an ihr Versprechen aus der großen Personalversammlung im Mai 2019 sowie an die Ziele des Koalitionsvertrages, nämlich die Beteiligungsrechte der Schülerinnen und Schüler sowie der Beschäftigten in Schulen zu stärken, erinnert haben, kam dann doch noch Bewegung in die Verhandlungen und wir konnten, besonders die Gesamtkonferenz betreffend, einige Verbesserungen erreichen.

Die wichtigsten Änderungen kurz zusammengefasst

Die Schulkonferenz

» Die Zusammensetzung der Schulkonferenzen der verschiedenen Schulformen hat sich insbesondere zugunsten der Schüler:innen, aber auch der Eltern verändert, um eine gleichmäßigere Gewichtung der Interessengruppen zu erreichen. Die Stimme des/der Schulleiter:in kommt hinzu. Der Beirat des Nichtunterrichtenden Personals hat ebenfalls einen Sitz, allerdings nur noch mit beratender Stimme.

» Die Schulkonferenz tagt verbindlich viermal im Schuljahr.

» Aufgrund der veränderten Mehrheitsverhältnisse ist für manche Beschlüsse in Zukunft eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Das betrifft unter anderem das Schulprogramm, die Zweckbestimmung der der Schule zur Verfügung stehenden Arbeitsstunden, Grundsätze der Unterrichtsorganisation, die Aufteilung der Haushaltsmittel. Andere Beschlüsse werden wie bisher mit einfacher Mehrheit getroffen.

Die Gesamtkonferenz

» Hier ist die Klarstellung wiederaufgenommen worden, dass die Gesamtkonferenz in wesentlichen Punkten mit der Schulkonferenz zusammenarbeitet und Beschlussvorlagen für diese erarbeitet.

» Dieser Logik folgend soll auch die Gesamtkonferenz in der Regel viermal im Jahr zusammenkommen und zwar jeweils vor der Schulkonferenz. Dienstbesprechungen, auf denen keine Beschlüsse gefasst werden können, sind dafür dann nicht geeignet.

» Neu entscheidet nun auch die Gesamtkonferenz über Regelungen zur Zweckbestimmung der der Schule zur Verfügung gestellten Arbeitsstunden.

» Ebenfalls neu beschließt die Gesamtkonferenz über die Gestaltung der schulischen Präsenz- und Kooperationszeiten.

» Besonders wichtig war uns, dass hier ein „Schlupfloch“ geschlossen wurde: Der 2005 aufgenommene Absatz, dass die Schulleitung entscheidet, wenn die Gesamtkonferenz von ihrem Recht der Entscheidung nicht Gebrauch gemacht hat, wurde wieder gestrichen. Zu allen Angelegenheiten, über die die Gesamtkonferenz entscheidungsbefugt ist, müssen jetzt auch die betreffenden Sachverhalte auf die Tagesordnung kommen und die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden. Weitere Änderungen sowie den vollständigen Gesetzestext findet ihr auf der Homepage des Personalrats.

Die Rechte aktiv einfordern

Dennoch: Mit der Gesetzesänderung allein ist es noch nicht getan. Jetzt kommt es darauf an, dass wir uns die Änderungen auch zunutze machen und unsere Rechte aktiv einfordern, denn ein „Selbstläufer“ wird das nicht – so unsere bisherige Erfahrung. Dabei werden wir euch nach Kräften unterstützen.



// BUNDESTAGSWAHL 2021 //

Bildung. Weiter denken!

Und handeln ...

Der Generationenvertrag scheint endgültig aufgebraucht zu sein, waren es 2018 noch 35% der Menschen in Bremen, die jünger als 18 Jahre sind, die in finanzieller Risikolage lebten, sind es aktuell deutlich mehr, so hat Corona auch dabei ein Brennglas draufgesetzt. Deutschland ist die größte europäische Volkswirtschaft und schafft es trotzdem nach wie vor nicht, den sozialen und gesellschaftlichen Aufstieg vom Elternhaus und dem Umfeld zu entkoppeln.

Wir werden die Parteien im Bundestagswahlkampf daran messen, welche Antworten sie auf die dringendsten Fragen nämlich zum Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und zur Chancengleichheit auch durch gute Bildung geben können. Die rot-rot-grüne Regierung (RGR in Bremen) hat die Bildungs- und Sozialausgaben erhöht, die Lage hat sich dennoch verschärft: Schuldenbremse und Pandemie schnüren in einer Weise den Hals zu und nehmen insbesondere den ärmeren Menschen die Luft zum Atmen.

Wie lässt sich diese offensichtlich gewollte Schere zwischen arm und reich durch staatliche Regulierung bekämpfen? Welche Lösung auf Bundesebene gebe es durch Umverteilung? Das DGB Steuerkonzept setzt dort an. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer würde Gelder direkt in die Länder- Haushalte spülen und dort zur Entlastung beitragen. Und wollen wir die Entwicklung gerade der jüngeren Generation dadurch behindern, dass wir immer mehr Geld in Rüstungsprojekte statt BAföG stecken? Drohen statt gut Wohnen??? Nein!!! Sensibilität für den Klimaschutz muss in den Bildungseinrichtungen beginnen! Und alle Menschen müssen sich Klimaschutz leisten können!

Bildung. Weiter denken! und handeln heißt für uns als GEW zur Bundestagswahl folgende Kernforderungen in den Blick zu nehmen:

1. Fachkräftemangel entschieden bekämpfen

Ausbildungskapazitäten hochfahren und Bildungsberufe attraktiver machen. von der Kita, in der Schule bis zur Berufsschule, Universität und Weiterbildung.

// SCHULE //

Ein neues Schuljahr

Liebe Kolleg:innen,

die GEW Bremen begrüßt zum neuen Kita- und Schuljahr alle neu eingestellten Beschäftigten in Kitas, Schulen und wünscht allen Beschäftigten und Studierenden einen guten Start ins neue Semester.

„Allem neuen wohnt ein Zauber inne (Hermann Hesse).“ Noch nie war dieser Spruch so aktuell, wie in diesem Schuljahr. Neben einem neuen Schulverwaltungsgesetz, über das wir in dieser Ausgabe informieren, haben wir seit Beginn der Sommerferien mit Sascha Aulepp auch eine neue Senatorin bei

2. Investitionsstau beseitigen

Schuldenbremse abschaffen, Einnahmeseite durch gerechtere Steuern stärken, überfällige Investitionen in Bildung tätigen! Nachhaltigen Schul- und Kitabau vorantreiben und diese Bauten nicht zu Renditeobjekten machen!

3. Digitale Ausstattung voranbringen

Digitalpakt für alle aufstocken, verstetigen und ausdehnen! ...denn die iPads sind in ca. 5 Jahren veraltet und werden ersetzt werden müssen. Support gehört zur digitalen Grundausstattung!

4. Ganztagsbetreuung und multiprofessionelle Zusammenarbeit ausbauen

Für die Vereinbarkeit von Privatem und Beruf braucht es verlässliche Ganztagsangebote; die Pandemie hat gezeigt, dass vor allem Frauen die Betreuungsarbeit übernommen und beruflich zurückgesteckt haben. Der Ganztags muss im Bündnis mit dem Bund finanziert werden, die multiprofessionelle Personalausstattung muss auf eine Fachkraft- Kind Relation von max. 1:10 aufgestockt werden („Qualitätsoffensive“).

5. Demokratie und politische Bildung stärken, Chancengleichheit herstellen

Es ist grundlegende Aufgabe, „sich für den Schutz gesellschaftlicher Grundwerte wie Gleichberechtigung und Solidarität sowie die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen einzusetzen (...) und offen für eine lebendige und starke Demokratie, die Gleichberechtigung aller Menschen sowie Pluralismus und Toleranz in der Migrationsgesellschaft einzutreten.“

Um rechtsextremen Parteien, Ideologien und Verschwörungsmethoden etwas entgegenzusetzen, brauchen wir mehr politische Bildung von der Schule bis zur Weiterbildung. Eine demokratische, antifaschistische Gesellschaft zu festigen, ist Aufgabe von Bildung und muss zum Selbstverständnis aller werden!



Kinder und Bildung. Wir gratulieren ihr auf diese Weise zum neuen Amt und freuen uns auf konstruktive Zusammenarbeit. Daneben wird es in diesem Schuljahr auch eine neue Tarifrunde im öffentlichen Dienst geben, auf deren Ergebnis wir gespannt sind. Das bedeutet Tarifaufsetzungen, die uns alle betreffen.

Nicht neu sind die mangelnde Personalausstattung und der Sanierungsstau in den Bildungseinrichtungen, die unzureichende Ausstattung und die Unterfinanzierung. Hier gilt es noch einiges aufzuholen. Das können wir aber nur mit Eurer Unterstützung. Deshalb an alle, die noch nicht in der GEW sind, tretet ein, denn nur, wenn wir viele und stark sind, können wir etwas erreichen.

// ÖFFENTLICHER DIENST //

Tarifrunde 2021

Corona hat uns viel abverlangt. Lasst euch nicht beirren – jetzt geht es um eure Interessen!

Bei der Tarifrunde 2021 für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) geht es um die allgemeine Lohnerhöhung für bundesweit rund eine Million Beschäftigte. Neben den angestellten Lehrkräften sind das die Erzieher:innen, Schulsozialarbeiter:innen, Fachkräfte für Inklusion, pädagogische Mitarbeiter:innen sowie Beschäftigte an den Hochschulen, die in der Stadt Bremen aufgefordert sein werden, sich für ihre Belange einzusetzen. Im September wurde die Entgelttabelle gekündigt und damit beginnen nun die neuen Tarifverhandlungen.

Die Hauptforderungen der GEW für diese Runde lauten:

- » 5% Lohnwachs, mindestens aber 150 Euro
- » Stufengleiche Höhergruppierung
- » Tarifierung der studentischen Arbeitsverträge

Da die Arbeitgeberseite sich erwartungsgemäß stur stellt, wird es sicherlich auch zu Streiks in Bremen kommen. Dazu gehören öffentliche Proteste und Aktionen, Warnstreiks und notfalls



auch ein Erzwingungsstreik. Sicherlich erinnert ihr euch, wie öffentlichkeitswirksam unsere Streiks mit vollem Marktplatz in den letzten Jahren waren.

Wir freuen uns auf einen heißen Herbst und werden euch über die weiteren Schritte auf dem Laufenden halten.

// NACHRUF //

Wir trauern um Arnhild Moning

Am 21. Juni ist Staatsrätin Arnhild Moning im 68. Lebensjahr verstorben. Obwohl sie krank war, hat sie ihren Dienst in der Bildungsbehörde bis zum Schluss aktiv ausgeübt; ihr Tod hat viele überraschend getroffen, auch in ihrer nächsten Umgebung waren die Wenigsten darauf vorbereitet.

Die gebürtige Herforderin Arnhild Moning hat fast 30 Jahre lang im Bildungsressort gearbeitet, lange Zeit in herausgehobener Position. So hat sie u.a. bevor sie im August 2019 zur Staatsrätin berufen wurde, über 10 Jahre das Haushaltsreferat bei der Senatorin für Kinder und Bildung geleitet.

In vielen Gesprächen und behördlichen Entwicklungsprozessen haben wir Arnhild Moning als streitbare, aber faire, verlässliche und auch humorvolle Gesprächspartnerin erlebt, die eine klare eigene Vorstellung davon hatte, Bildungsgerechtigkeit zu schaffen und Bildungserfolge für möglichst viele Kinder und Jugendliche im Land Bremen zu ermöglichen. Die dafür nötigen Rahmenbedingungen trotz limitierender Etatmöglichkeiten zu schaffen, war der Sozialdemokratin immer ein besonderes Anliegen. Zahlreiche positive Entwicklungen in diesem Bereich sind in nicht unerheblichem Maße auch ihr zu verdanken. Auch für die Förderung gerechterer Arbeitsbedingungen von Frauen engagierte sich Moning ausdrücklich, sie initiierte zahlreiche Arbeitskreise, setzte nachhaltigere Arbeitsstrukturen um und trieb die Angleichung der Arbeitsvertragsbedingungen freier Träger an den öffentlichen Dienst voran.



In Konfliktsituation bewies Arnhild Moning immer wieder großes Beharrungsvermögen und vertrat mit Vehemenz ihre Positionen, sachgemäßen Argumenten gegenüber aber war sie stets zugänglich, so dass oft zielführende Kompromisse mit ihr gefunden werden konnten.

Das Haus der Senatorin für Kinder und Bildung hat mit Arnhild Moning nicht nur eine ausgewiesene Bildungsexpertin verloren und die Beschäftigtenvertretungen ein verlässliches Gegenüber, eine wichtige Stimme für Bildungsgerechtigkeit in Bremen und die Weiterentwicklung des Ressorts ist nun verstummt. Es wird für alle Seiten eine Herausforderung sein, die mit ihr verlorengangenen Kompetenzen neu aufzubauen.

Die GEW spricht der Familie von Arnhild Moning auf diesem Wege ihr Mitgefühl aus.

// KAMPAGNE //

GEWerschaft wirkt

Gegen Lohndiskriminierung: Mehr Geld!

Seit dem 1. August erhalten alle voll ausgebildeten, verbeamteten Lehrer*innen an bremischen öffentlichen Schulen (mindestens) eine Besoldung nach A13. Vorher bekamen Lehrer*innen an Grundschulen und viele Kolleg*innen Oberschulen nur A12. Mit dem Rechtsgutachten eines renommierten Verfassungsrechtlers wies die GEW Bremen nach, dass das verfassungswidrig war. Im Rahmen einer bundesweiten GEW-Kampagne konnten wir vor der letzten Bürgerschaftswahl die Anhebung durchsetzen. Das ist auch ein Erfolg für viele angestellte Lehrkräfte, die entsprechend beispielsweise von E11 nach E13 aufsteigen, da der Tarifvertrag auf das Beamtenrecht verweist. Natürlich kennen wir weitere Ungerechtigkeiten im Lohngefüge – gerade für geringer verdienende Kolleg*innen. Der Erfolg zeigt, dass sich langer Atem auszahlen kann. Wir bleiben dran.

Gegen Altersdiskriminierung: Zeit zurück!

Vor fast 20 Jahren erreichte die GEW in Bremen durch Streiks der angestellten Lehrkräfte weitere Verbeamtungen und eine auf fünf Jahre befristete Angestelltenzulage. Die vom Senat als Gegenfinanzierung angeordneten zusätzlichen zwei Unterrichtsstunden, die Lehrer*innen unter 50 Jahren einmalig ableisten mussten, konnte sie nicht verhindern. Mit Hilfe des GEW-Rechtsschutzes erstritt eine Kollegin nun die Rückzahlung. Die entsprechende Verordnung tritt bald in Kraft.

Für Mitbestimmung: Demokratische Schule!

Zum neuen Schulverwaltungsgesetz siehe S.1. Selbstverständlich bringen wir Euch in unseren bewährten GEW-Seminaren „Konferenzrechte“ und „Personalausschüsse“ auf dem neuesten Stand.



Für gute Bildung: Inklusion ausstatten!

Die GEW steht für gelingende Inklusion. Dafür braucht es gute Ressourcen und Konzepte. Als ein Baustein für ein Konzept sozial-emotionaler Förderung in einem inklusiven Schulsystem hat sich die GEW mit Bündnispartnern für mehr temporäre Lerngruppen an Bremischen Schulen eingesetzt. Nun sind weitere zehn dieser Gruppen zugesagt.

Für frischen Wind: Priorität für Bildung!

Lange haben wir gemahnt, noch sind Fragen offen, aber sie sind da, die Luftfilter in fast allen Klassenräumen. Auch eine hohe Priorität der Schul- und Kitabeschäftigten bei den Impfangeboten hatten wir durchgesetzt.

Gemeinsam GEWinnen!

All das und noch viel mehr ermöglichen alle Kolleg*innen, die in der GEW sind, sich engagieren und unsere Forderungen auch auf die Straße tragen, wenn es nötig ist: Das sind Eure Erfolge!

// VERANSTALTUNGSHINWEISE //

Jetzt rede ich! Atem, Stimme, Sprache, Präsenz

Samstag, 9. Oktober 2021, 10:00 - 17:00 Uhr
Etage für Tanz und Bewegung
Kostenanteil: GEW Mitglieder 10 €, nicht-Mitglieder 40 €, inklusive Verpflegung

Lust auf Kino? Contra – Sondervorstellung

Sonntag 10. Oktober 2021, 11:00 – 13:00 Uhr
Gondel Filmtheater
Exklusiv und kostenlos für GEW Mitglieder

Schulentwicklung an Oberschulen demokratisch gestalten – Wie bringen wir uns ein?

Freitag 12. November 2021, 15:30 Uhr
- Samstag 13. November, 2021 16:00 Uhr
Bildungsstätte Bad Zwischenahn
Kostenanteil: GEW Mitglieder 20 €, nicht-Mitglieder 40 €, inklusive Übernachtung und Verpflegung

ALLE PRÄSENZVERANSTALTUNG FINDEN NATÜRLICH UNTER DEN VORGESCHRIEBENEN HYGIENEVORSCHRIFTEN STATT.

Weitere Informationen und die Anmeldung zu den Seminaren der GEW sowie weitere Termine von GEW-Arbeitskreisen, Veranstaltungen und Seminaren gibt's im Internet: www.gew-hb.de



Online Mitglied werden
www.gew.de/Mitgliedsantrag.html

Mehr Informationen unter
www.gew-bremen.de

Impressum:
GEW Stadtverband Bremen, Bahnhofplatz 22-28, 28195 Bremen
Tel.: 0421-33764-0, Fax: 0421-33764-30, email: info@gew-hb.de; www.gew-hb.de
Design und Erstellung: Matthias Klump, Bremen